**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/4790**

15. 06. 89

# Entschließungsantrag

## der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

### Zur Aussprache zu den Ereignissen in der Volksrepublik China

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist entsetzt und bestürzt über die blutige Niederwerfung der gewaltfreien Demonstrationen von Studenten und unbewaffneten Zivilpersonen durch die chinesischen Machthaber. Der brutale Waffeneinsatz gegen friedliche, für ihre demokratischen Rechte demonstrierende Bürger ist eine schwere Verletzung der Menschenrechte.

Der Deutsche Bundestag trauert um die Opfer des brutalen Militäreinsatzes.

Er fordert die chinesische Führung auf, das Kriegsrecht unverzüglich aufzuheben, die Verhaftungswelle und die Aufrufe zur Denunziation einzustellen, die politischen Gefangenen freizulassen und zum politischen Dialog mit den gesellschaftlichen Kräften zurückzukehren. Unter den Bedingungen des Zwanges und der Unterdrückung wäre auch die wirtschaftliche Modernisierung und Entwicklung des Landes zum Scheitern verurteilt.

Die jüngsten Ereignisse haben den Vorhang zerrissen, der die vielfältigen polizeistaatlichen Eingriffe in die Menschenrechte der Bürger in den letzten Jahren verdeckt hatte. Das trifft auch auf die Lage der Tibeter unter den Bedingungen des Kriegsrechts zu.

Der Deutsche Bundestag gibt trotzdem seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich in China die Kräfte durchsetzen, die den eingeschlagenen Weg der Öffnung und Demokratie fortsetzen wollen und bereit sind, das Dialogangebot der „Bewegung für mehr Demokratie" positiv aufzugreifen und mit zivilen Mitteln zu beantworten.

Der Deutsche Bundestag weiß sich in seiner Haltung einig mit den Partnern der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft, mit Nordamerika und mit seinen Freunden in aller Welt.

Der Deutsche Bundestag ist empört darüber, daß die DDR-Führung als eine der wenigen Regierungen in der Welt den brutalen Militäreinsatz in China als „Niederschlagung von konterrevolutionären Unruhen" gutgeheißen und gerechtfertigt hat.

Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- die Aussetzung aller hochrangigen Kontakte mit der Volksrepublik China,
- daß der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach China durch alle EG-Länder eingestellt wird,
- daß der EG-Kommissionspräsident Delors sich geweigert hat, ein Gespräch mit dem chinesischen Minister für Außenhandel zu führen,
- die Anordnung von US-Präsident Bush, die militärische Zusammenarbeit mit China einzustellen und Rüstungsexporte nach China zu verbieten,
- die Anregung von Präsident Bush, internationale Konsultationen zur Abstimmung der künftigen Politik gegenüber China in Gang zu setzen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Kontakte auf hoher politischer Ebene bis auf weiteres ausgesetzt zu halten. Demgegenüber ist es aber vordringlich, alle anderen Gesprächsmöglichkeiten verstärkt zu nutzen, um der chinesischen Führung unsere Besorgnisse und Erwartungen darzulegen,
- die deutsch-chinesische Zusammenarbeit zu überprüfen und nur solche Projekte fortzuführen, die nach Lage der Dinge der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen,
- neue Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit erst dann wieder zu ergreifen, wenn die Voraussetzungen dafür wieder hergestellt werden,
- wirksame Hilfe an diejenigen zu leisten, die während der blutigen Repressionen verletzt wurden,
- zu prüfen, ob die politische Entwicklung in der Volksrepublik China Auswirkungen auf den Sonderstatus Chinas im Zusammenhang mit der COCOM-Liste hat,
- den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach China nicht zu genehmigen,
- sich darüber hinaus dafür einzusetzen, daß keine Lieferungen, die für die Streitkräfte und für die Polizei bestimmt sind, vorgenommen werden,
- darauf hinzuwirken, daß die Generalversammlung und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, zum nächstmöglichen Termin mit den Fragen der Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China befaßt werden,
- in der OECD und in der EG auf ein entsprechendes abgestimmtes Verhalten hinzuwirken.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die besonnene und umsichtige Arbeit der deutschen Diplomaten und Journalisten in den vergangenen Tagen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin dafür Sorge zu tragen, daß deutsche Staatsbürger, die sich in China aufhalten, unverzüglich aus- und in die Bundesrepublik Deutschland zurückreisen können. Dies betrifft insbesondere deutsche Studenten und Wissenschaftler, aber auch Geschäftsleute in den chinesischen Provinzen, die bisher durch die Umstände an einer Ausreise gehindert waren. Er fordert die Bundesregierung auf, nachdrücklich auf absehbare Zeit von Reisen nach China abzuraten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, über das Deutsche Rote Kreuz Hilfe zur medizinischen Versorgung während der Unruhen Verletzten anzubieten und gegenüber der chinesischen Regierung darauf zu dringen, daß diese Hilfe tatsächlich durchgeführt werden kann.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiter auf,

- allen chinesischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich derzeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, auf Wunsch die Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern,
- chinesischen Studenten, die in der Bundesrepublik Deutschland studieren und die aufgrund der Entwicklung in China in Schwierigkeiten geraten, auf Antrag eine Studienförderung anzubieten und die dafür notwendigen zusätzlichen Mittel bereitzustellen,
- sich dafür einzusetzen, daß denjenigen chinesischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit der „Bewegung für mehr Demokratie" solidarisiert haben, keine strafrechtliche Verfolgung oder sonstigen negativen Folgen drohen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine positive Fortentwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen wird künftig die Respektierung der elementaren Menschenrechte durch die chinesische Regierung voraussetzen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf die chinesische Regierung einzuwirken, damit sie den beiden Menschenrechtspakten der UN beitritt. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die chinesische Führung zur Politik des „Dialogs und der Öffnung" zurückkehrt.

Bonn, den 15. Juni 1989

**Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion**

**Dr. Vogel und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333